

Doch nicht so liberal: Grüne können das Verboten nicht lassen

Anmoderation

Anja Reschke:

Mit dem Image ist es ja so eine Sache. Wenn man mal seinen Stempel weg hat, ist es ganz schön schwierig, davon wieder wegzukommen. Nehmen wir mal die Grünen. Erst waren sie die strickenden Ökos. Dann haben sie über lange Jahre mühsam ihr Profil als ernstzunehmende Regierungspartei aufgebaut. Und dann kam die Opposition und die Grünen verschwanden aus dem Blick. Bis – ja, bis zu ihrem eigenartigen Vorschlag mit dem Vegetarier-Tag. Keine gute Idee, denn seitdem gelten sie als freudlose Verbieter-Partei. Nun versuchen die Grünen also krampfhaft wieder locker rüberzukommen. Aber irgendwie klappt es nicht richtig. Und daran ist auch Baden Württemberg schuld. Robert Bongen

Irgendwie waren sie ja immer die Oberlehrer. Die Besserwiser. Die Verbieter.
Die Grünen.

Doch das kommt immer weniger gut an, selbst bei den eigenen Leuten.

Daher die Botschaft beim jüngsten Parteitag: Schluss mit dem Verboten und Bevormunden. Auf zu mehr Selbstbestimmung. Mehr Freiheit!

O-Ton

Cem Özdemir, Parteivorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen:

„Freiheit bedeutet nicht, dass Politik den Menschen etwa vorschreibt, mit welchem Verkehrsmittel sie reisen sollen. Oder wie sie sich ernähren sollen.“

Vorschreiben und Verboten? Vorbei!

Nur bei Winfried Kretschmann – dem Obergrünen von Baden-Württemberg - scheint diese Botschaft noch nicht ganz angekommen zu sein.

Der hat sich nämlich gerade erst für sein Ländle eine tolle neue Landesbauordnung ausgedacht. Mit vielen Vorschriften für Häuslebauer.

Wer zum Beispiel sein neues Heim baut, muss mindestens zwei Fahrradstellplätze davor errichten. Und zwar überdacht. Und klar: nicht ohne Diebstahlsicherung.

Kosten: 1500 Euro - aufwärts.

Beim Freiheits-Parteitag in Hamburg ist man davon nicht gerade begeistert.

O-Töne Parteitag Hamburg:

Panorama:

„Was halten Sie davon, dass künftig vor jedem Neubau zwei Fahrradstellplätze gebaut werden müssen, und zwar überdacht?“

O-Ton

Parteimitglieder:
„Ähm, gar nichts!“

„Hahaha, das ist jetzt ein Joke, oder?“

Panorama:
„Nein, das ist in Baden-Württemberg dank der Grünen jetzt Gesetz.“
O-Töne

Parteimitglieder:
„Das ist aber dann eine Entscheidung der Baden-Württemberger Grünen.“

„Vielleicht wäre es schöner gewesen, das mit einem Angebot zu verbinden, dass das bezuschusst wird, Fahrradständer zu bauen.“

O-Ton
Panorama:
„Wie passt das denn mit dem Anspruch zusammen, eine Freiheitspartei zu sein, die nicht allzu sehr bevormundet?“

O-Ton
Parteimitglied:
„Das ist dann in der Tat ein kleiner Widerspruch.“

Die Grünen: Im Bund eine Freiheitspartei, im ordnungsliebenden Ländle immer noch die Oberlehrer?
Keineswegs – auch dort gibt es eine Freiheit. Eine Freiheit der besonderen Art.

O-Ton
Winfried Kretschmann, Grüne
Ministerpräsident Baden-Württemberg:
„Keine Partei steht so wie wir für das ökologische Fundament der Freiheit.“

Ökologische Freiheit? Ah ja.
Das kann in Baden-Württemberg zum Beispiel bedeuten: Dass man am Ende eine neue Solaranlage aufs Dach setzen muss, obwohl man eigentlich nur eine Heizung auswechseln wollte.
Michael Haueis hat das erlebt: Ursprünglich wollte er nur seine Heizung erneuern, was viele tausend Euro gekostet hat.

O-Ton
Michael Haueis, Hausbesitzer:
„Ich habe ja schon was für den Klimaschutz getan, indem ich eine neue Heizung habe einbauen lassen. Und ich fühle mich da schon etwas bevormundet, wenn mir die Regierung jetzt sagt, dass ich hier noch zusätzlich was tun muss.“

Denn wer die Heizung erneuert, soll nach einer baden-württembergischen Spezialregelung gleich noch eine Auflage erfüllen: zehn Prozent der Wärme aus Erneuerbaren Energien.

Dafür muss man dann etwa eine Solaranlage aufs Dach bauen – auch wenn sich das nicht wirklich lohnt.

O-Ton

Michael Haueis, Hausbesitzer:

„Jeder Dachdecker rät mir eigentlich davon ab, auf ein Dach dieses Alters, auch wenn das Dach noch vollkommen in Ordnung ist, Sonnenkollektoren zu installieren und rät mir dazu, vor der Installation von Sonnenkollektoren eine Dachsanierung vorzunehmen, das würde mich aber zusätzlich noch einmal 50.000€ kosten.“

Das Bauamt pocht auf die Solaranlage auf dem Dach. Gesetz ist eben Gesetz. Die Grünen haben das zwar von Schwarz-Gelb übernommen, nehmen sich jetzt aber die Freiheit, es nochmal zu verschärfen, anstatt 10 künftig 15 Prozent Ökoanteil bei der Heizung. Klingt irgendwie nach Zwang. Das streitet der grüne Umweltminister auch gar nicht ab, sagt aber, dass es gibt auch Beratung.

O-Ton

Panorama:

„Ich will ja eigentlich nur eine neue Heizung haben und bin quasi in der Entscheidung beschnitten, mich selbst zu entscheiden.“

O-Ton

Franz Untersteller, Grüne,
Umweltminister Baden-Württemberg:

„Klimaschutz gibt es nicht umsonst. Aber nochmal, ich glaube nicht,...

O-Ton

Panorama:

„Geht denn Klimaschutz nur per Zwang?“

O-Ton

Franz Untersteller, Grüne,
Umweltminister Baden-Württemberg:

„Nein, geht er nicht nur. Deswegen zwingen wir die Leute auch nicht nur, sondern wir beraten sie auch. Und von daher, ich lass mich nicht darauf festlegen, dass wir hier Bürgerinnen und Bürger nur allein lassen würden mit Pflichtveranstaltungen.“

Zwang? Pflicht? Kommt gar nicht gut in Hamburg.

O-Ton

Panorama (Parteitag):

„Ist das zu viel Bevormundung?“

O-Töne

Parteitag:

„Also so, wie ich Baden-Württemberg kenne, ja!“

„Ja! Ich sehe in Baden-Württemberg sehr viele Dinge, die man lockerer regeln könnte.“

Die Begrünungspflicht vielleicht. Denn in Baden-Württemberg muss künftig jeder Häuslebauer sein Heim begrünen, wenn er keinen Garten besitzt. Immerhin: Er kann frei entscheiden, ob Efeu oder Wein an die Fassade kommt. Oder Gras aufs Dach. Freiheit, wie sie die Bundesgrünen aber so gar nicht meinen.

O-Töne Parteitag:

„Mein persönliches Verständnis von Freiheit ist das nicht.“

„Bin nicht aus Baden-Württemberg, in Bremen würde es das so nicht geben.“

„Ist zwar eine schöne Idee, aber in der Realität vielleicht nicht so umsetzbar.“

Nicht umsetzbar? Die Grünen um Winfried Kretschmann lassen sich nicht beirren. Freiheit oder Pflicht – eigentlich gar kein Unterschied.

O-Ton

Winfried Kretschmann, Grüne

Ministerpräsident Baden-Württemberg:

„Freiheit bedeutet natürlich schon etwas mehr, dass wir auch das tun können, was wir sollen.“

Bericht: Robert Bongen, Johannes Edelhoff, Nils Casjens

Kamera: Florian Kössl

Schnitt: Wolf Krannich

Grafik: Pascale Guillon

Abmoderation

Anja Reschke:

Aha, und was wir sollen, sagen uns dann wohl die Grünen. Interessanter Begriff von Freiheit.